

Burak Çopur / Kemal Bozay

„Der Mann hat gesiegt“ Eine Wahlanalyse der türkischen Parlaments- und Präsidentenwahlen 2023

Abstract

“The Man has Won” – An Analysis of the Turkish Parliamentary and Presidential Elections of 2023

Once again, the opposition has lost the elections in Turkey. Erdoğan remains president and determines the political fate of the country for another five years. He was able to skillfully distract voters from Turkey's political and economic problems. At the same time, he put pressure on his challenger Kemal Kılıçdaroğlu by emphasizing ideological and security issues. He repeatedly accused him of complicity with the PKK. This smear campaign worked and was accepted by many voters. After the electoral defeat, the opposition is still shocked and seems currently incapable of acting. Parts of Turkish civil society are also frustrated and resigned that the change of power has not succeeded after 20 years of Erdoğan's autocracy. Now the question remains whether the opposition will recover from this important election defeat.

Prof. Dr. Burak Çopur

ist Politikwissenschaftler, lehrt an der IU Internationalen Hochschule (Essen) und ist Leiter des dortigen Zentrums für Radikalisierungsforschung und Prävention. Forschungsschwerpunkte sind die türkische Innen- und Außenpolitik, Minderheiten in der Türkei, das deutsch-türkisch-europäische Verhältnis und Integrationsfragen von Türkeistämmigen in Deutschland (<https://burak-copur.de/publikationen>).

Prof. Dr. Kemal Bozay

ist Politik- und Sozialwissenschaftler, lehrt an der IU Internationalen Hochschule (Köln) und ist Mitglied im Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention. Forschungsschwerpunkte sind die türkische Innen- und Außenpolitik, Nationalismus- und Rechts-extremismusforschung, Ungleichwertigkeitsideologien, Rassismus- und Migrationsforschung.

Kontakt: copurburak@gmail.com / kemal.bozay@iu.org

Der Beitrag wurde fertig gestellt Mitte Juni 2023.

Einleitung

„Der Mann hat gesiegt“ (Türkisch: „Adam kazandı“) steht mittlerweile als bekannte türkische Redewendung für die verlorenen Wahlen der Opposition gegenüber Präsident Erdoğan sowie für die Enttäuschung und Ohnmacht der oppositionellen Wähler*innen über das unprofessionelle Agieren von Erdoğan's Herausforderern nach den Wahlniederlagen. Die Aussage stammt ursprünglich vom damaligen oppositionellen Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Volkspartei (CHP), Muharrem İnce, der 2018 nach seiner Wahlniederlage gegenüber Erdoğan – obwohl wieder einmal Diskussionen über Wahlmanipulationen existierten – am Wahlabend weder eine Ansprache an seine Wähler*innen hielt noch eine öffentliche Erklärung abgab. Stattdessen schickte er diesen flapsigen Spruch über seine Wahlniederlage einem Journalisten per WhatsApp, „ghostete“ plötzlich in der Wahlnacht und war nicht mehr erreichbar. Der entsprechende Journalist verbreitete dieses Eingeständnis mit einem hohen Nachrichtenwert über die Wahlniederlage İnces in Windeseile in der Öffentlichkeit. Viele Wähler*innen von İnce reagierten daraufhin frustriert und empört. İnce entschuldigte sich zwar später für diese unprofessionelle Form der Kommunikation seiner Niederlage, doch die Wahl war für die Opposition wieder gelaufen. „Der Mann“, so hatte İnce Präsident Erdoğan in seiner Nachricht bezeichnet, hatte gesiegt. Bekanntlich trat Muharrem İnce bei den jüngsten Wahlen im Mai 2023 wieder als Präsidentschaftskandidat an, diesmal nicht nur gegen Erdoğan, sondern auch gegen seinen ehemaligen CHP-Partei-vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu. Da er erkannte, dass er chancenlos war, zog er unmittelbar vor dem ersten Wahlgang seine Kandidatur zurück.

Fünf Jahre nach der Wahlniederlage von 2018 erleben die Wähler*innen der Oppositionspartei CHP unter ihrem Gegenkandidaten Kemal Kılıçdaroğlu erneut ein Déjà-vu. Das Gefühl der Ohnmacht, das den Ausspruch „Der Mann hat gesiegt“ so geprägt hat, ist im Jahr 2023 wieder allgegenwärtig. Denn seit über zwei Wochen (Stand: 14.06.2023) hat der Herausforderer Erdoğan's, Kemal Kılıçdaroğlu, weder eine seine Wähler*innen zufriedenstellende Aufarbeitung der Wahlniederlage vollzogen noch persönliche Konsequenzen aus der verlorenen Wahl vom 28. Mai 2023 gezogen. Stattdessen gratuliert er seither im Twitter-Nachrichtendienst vorwiegend türkischen Sportvereinen zu ihren Fußballsiegen oder der türkischen Taekwondo-Nationalmannschaft zu ihrem Erfolg bei der Weltmeisterschaft und verhält sich so, als hätte die von ihm bezeichnete Schicksalswahl nie stattgefunden und sei auch nicht verloren gewesen. Wie 2018 ist auch heute ein Großteil seiner Anhänger*innen enttäuscht vom Agieren der Opposition nach den Wahlen, wendet sich zunehmend von Kılıçdaroğlu ab und fordert immer energischer seinen Rücktritt.

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023 im Rückblick: Erdoğan bereitet das Feld

Präsident Erdoğan hat seit der Machtübernahme der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) 2002 fünfzehn Wahlen (darunter Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, Kommunalwahlen und Referenden) für sich und seine Partei entscheiden können. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu hat hingegen seit seiner Amtsübernahme als CHP-Parteichef 2010 alle zehn Wahlen gegen Erdoğan verloren. Zweifelsohne waren die Erdoğan'schen Wahlerfolge nicht immer fair und wohl verdient. Seit mehreren Wahlperioden herrscht bei den Wahlen in der Türkei kaum Chancengleichheit und Regelkonformität. Immer wieder

gab und gibt es berechtigte Kritik an den unfairen Bedingungen bei den Wahlen und Vorwürfe wegen Wahlmanipulationen, so auch bei diesen Wahlen am 14. und 28. Mai 2023.¹

Allein die erneute Präsidentschaftskandidatur von Erdoğan war nicht verfassungskonform, doch der türkische Präsident setzte sich auch hier einfach über die Verfassung hinweg. Obwohl die gegenwärtige Verfassung vorschreibt, dass der Staatspräsident maximal für zwei Amtszeiten regieren kann, kandidierte Erdoğan am 14. Mai 2023 zum dritten Mal für das Amt des Staatspräsidenten. Nach Ansicht von renommierten Verfassungsjuristen dürfte Erdoğan, der bereits 2014 zum ersten und 2018 zum zweiten Mal für das Amt des Staatspräsidenten gewählt worden war, auf der Grundlage der bestehenden Verfassung nicht ein drittes Mal kandidieren. Dies wäre nur möglich gewesen, wenn das Parlament vorzeitige Wahlen erzwungen hätte. Das Bündnis aus AKP und der rechtsextremen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) argumentierte trotz dieser eindeutigen Rechtswidrigkeit, dass Erdoğan erst 2018 nach einer Verfassungsänderung als erster Präsident eines neuen Präsidentsystems gewählt worden sei und somit ein zweites Mal kandidieren dürfe.² So konnte Erdoğan als Präsident bis zur letzten Minute die staatlichen Mittel und Ressourcen auch in seinem jüngsten Wahlkampf nutzen und von seinem zwanzigjährigen Amtsbonus sowie seiner Machtposition in jeglicher Form Gebrauch machen.

Darüber hinaus war in der Türkei die Presse- und Meinungsfreiheit im Rahmen des Wahlkampfes stark eingeschränkt. Die meisten Fernseh- und Radiosender sind unter der Kontrolle der Regierung, die sozialen Medien werden durch das „Desinformationsgesetz“ reglementiert. Oppositionelle Medien wurden/werden gesperrt oder sind verboten. Auch die 2023 in Kraft getretenen Änderungen des Wahlgesetzes,³ die politisierte Justiz sowie die Möglichkeit der Instrumentalisierung des Hohen Wahlausschusses (YSK) – wie bereits bei der Annullierung der Kommunalwahl in Istanbul 2019 geschehen – sind als ungleiche und nicht faire Ausgangsbedingungen für die Opposition zu betrachten.

Auf Seiten der Opposition sind zudem nicht nur wichtige Vertreter*innen der pro-kurdischen HDP (Demokratische Partei der Völker) im Gefängnis (wie die ehemaligen Co-Parteichefs Selahattin Demirtaş, Figen Yükkeddağ und viele abgesetzte Oberbürgermeister der HDP), sondern es ist auch ein Verbotsverfahren gegen die HDP anhängig, über welches das Verfassungsgericht noch zu entscheiden hat. Um ein mögliches Verbot zu umgehen, hatte die HDP unter dem Dach der Yeşil Sol Parti (Grüne Linke Partei) an den jüngsten Wahlen teilgenommen.⁴ Des Weiteren droht dem populären Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu (CHP) aufgrund eines Urteils in erster gerichtlicher Instanz ein Politikverbot, das zwar noch nicht rechtskräftig ist, aber seiner Kandidatur als aussichtsreicher Gegenkandidat von Erdoğan im Wege stand. Somit existierten schon im Vorfeld ungleiche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zwischen Regierung und Opposition. Von freien und sicheren Wahlen wie in liberalen Demokratien konnte auch bei den jüngsten Wahlen in der

1 Von fairen Bedingungen weit entfernt, in: Tagesschau, 15.05.2023, www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-wahlen-unstimmigkeiten-100.html (abgerufen 09.06.2023); EU und OSZE pochen auf faire Bedingungen, in: Tagesschau, 16.05.2023, www.tagesschau.de/ausland/asien/tuerkei-wahl-eu-mahnung-100.html (abgerufen 09.06.2023); vgl. auch die kritischen Berichte der zivilgesellschaftlichen unabhängigen Vereinigung zur Wahlbeobachtung in der Türkei „Oy ve Ötesi“, https://oyveotesi.org/secim_raporlari/ (abgerufen 09.06.2023).

2 *Kemal Zozay / Burak Çopur*, Die Verfassung der Türkei, in: Themendossier „Türkei“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2023, www.lpb-bw.de/tuerkische-verfassung (abgerufen 09.06.2023).

3 *Dies.*, Wahlsystem und Wahlen in der Türkei, in: Themendossier „Türkei“, op. cit., www.lpb-bw.de/wahlsystem-und-wahlen-tuerkei (abgerufen 09.06.2023).

4 *Dies.*, Politische Parteien in der Türkei, in: Themendossier „Türkei“, op. cit., www.lpb-bw.de/parteien-in-der-tuerkei (abgerufen 09.06.2023).

Türkei keine Rede sein. Präsident Erdoğan hatte damit im Vorfeld der Wahlen bereits fast alles dafür getan, um die für ihn höchst bedeutsamen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai zu gewinnen – selbst ein starker Gegenkandidat wie İmamoğlu wurde durch die Justiz kaltgestellt. Das Feld war für den Wahlkampf bereitet.

Die politische Gemengelage im ersten Wahlgang am 14. Mai 2023

Trotz dieser Widrigkeiten fing der Wahlkampf für die Opposition voller Hoffnungen an. Der Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu hatte mit seinem Bündnis der Nation (Millet İttifakı), an dem neben der rechtspopulistischen İYİ Parti (Gute Partei), der konservativen Demokratischen Partei und der islamistischen Saadet Partisi (Partei für Glückseligkeit) auch die beiden AKP-Abspaltungen DEVA (Partei für Demokratie und Fortschritt) und die Gelecek Partisi (Zukunftspartei) beteiligt waren, nach langer Zeit wieder in dem regierungskritischen Teil der Bevölkerung Hoffnung auf einen Wechsel gemacht. Wenngleich dieses Oppositionsbündnis als gemeinsamer Nenner faktisch nur die Abwahl Erdoğan und die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie verband und aufgrund dieses Zweckbündnisses in zahlreichen politischen Themen eine Uneinigkeit bestand, schaffte es Kılıçdaroğlu innerhalb kurzer Zeit mit einer innovativen Wahlkampfkampagne die Herzen seiner Wähler*innen zu gewinnen. Im Gegensatz zu Erdoğan setzte sein Herausforderer auf weitestgehend positive Botschaften und Symbole der Menschenliebe, Inklusion und Aufhebung der gesellschaftlichen Spaltung, die bei den oppositionellen Wähler*innen die Wechselstimmung und den Optimismus auf einen Machtwechsel weiter beförderten. So lag dann auch Kılıçdaroğlu im ersten Wahlgang in den meisten Umfragen gegenüber Erdoğan vorn.

Hinzu kam, dass die pro-kurdische HDP und linkssozialistische Parteien wie die Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İşçi Partisi/TİP) unter dem Bündnis für Arbeit und Freiheit (Emek ve Özgürlük İttifakı) keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellten und zur Wahl von Kemal Kılıçdaroğlu aufriefen. Auch die Kurden unter der HDP unterstützten im ersten Wahlgang mehrheitlich Kılıçdaroğlu als Präsidentschaftskandidaten. Auf den ersten Blick schien es so, als würden die Kurden zum Königsmacher bei den Wahlen werden. Doch der Schein sollte trügen. Es kam anders als erhofft, wie später das Ergebnis des ersten Wahlgangs zeigen sollte.

In der Opposition, aber auch unter Expert*innen und in Fachkreisen war man auch deshalb von einem Machtwechsel überzeugt, weil Präsident Erdoğan mit einer galoppierend hohen Inflation (zeitweilig nach unabhängigen Berechnungen über 100 Prozent), einem ständigen Wertverlust der türkischen Lira, einer steigenden Arbeitslosigkeit und Armut zu kämpfen hatte. Obendrauf kam das schlechte Krisenmanagement bei der Erdbebenkatastrophe mit weit über 50.000 Opfern. Erdoğan stand für viele Beobachter*innen und Kommentator*innen mit dem Rücken zur Wand.

Mit großzügigen Wahlgeschenken an die Bevölkerung wie die Erhöhung des Mindestlohns und der Gehälter für staatlich Bedienstete, die Abschaffung des Rentenmindestalters von 58 Jahren für Frauen und 60 für Männer, die Absenkung der Stromtarife um 15 Prozent sowie die Bereitstellung von kostenlosem Erdgas für Privathaushalte für den Monat Mai 2023, versuchte der türkische Präsident gegenzusteuern. Parallel vermarktete er während seiner Wahlkampfkampagne seine Prestigeprojekte wie das erste Elektro-Auto TOGG und die Eröffnung eines Atomkraftwerkes und verkündete einen angeblichen großen Erdgasfund im Schwarzen Meer.

Mit Blick auf die Opposition setzte Erdoğan auf seine bewährte Strategie der Spaltung, Difamierung und Diskreditierung seiner politischen Gegner*innen. Der Opposition wurde aufgrund der offenen Unterstützung der HDP für Kemal Kılıçdaroğlu Terrorismusbefürwortung und Nähe zur PKK vorgeworfen. Zudem spielte Erdoğan neben der Terrorismus-Karte auch die LGBT+-Karte, mit der er das Oppositionsbündnis und seine Verbündeten als Befürworter der LGBT+-Bewegung zu diskreditieren versuchte und sie als eine Gefahr für die traditionelle Familie stigmatisierte.

Das war Balsam auf die Seele der Wähler*innen des Bündnisses von Präsident Erdoğan. Denn seine ursprüngliche Volksallianz, bestehend aus der AKP, der rechtsextremen MHP und der islamistisch-nationalistischen BBP (Große Einheitspartei) erweiterte Erdoğan bei den Wahlen. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 schlossen sich diesem Wahlbündnis auch die islamistische Yeniden Refah Partisi (Neue Wohlfahrtspartei) und die kurdisch-islamistische Hür Dava Partisi (Partei der Freien Sache) an, die durch ihre Nähe zur terroristischen Hisbollah bekannt ist. Eine weitere wichtige Basis für Erdoğan bilde(te)n auch islamische Ordensgemeinschaften und Sekten (wie u.a. Menzil, Ismailağa, Iskenderpaşa, Nur Cemaati), die ebenso ihre Unterstützung für die Volksallianz erklärten. Die Zusammensetzung dieses Bündnisses zeigt, dass im Sinne der türkisch-islamischen Synthese ein langfristiges Bündnis zwischen islamischen, radikal-islamistischen und rechtsextremen Parteien entstanden ist.

Neben den Fragen der Sicherheit und dem Schutz der traditionellen Familie war ein anderes Wahlkampfthema dominierend, das allerdings von Kemal Kılıçdaroğlu und einem dritten Wahlbündnis bespielt wurde: die Flüchtlingsfrage in der Türkei. Dieses Thema hatte sich insbesondere das Ahnen-Bündnis (Ata İttifakı) unter der Führung der Rechtsextremisten Ümit Özdağ, den man als „türkischer Björn Höcke“ bezeichnen könnte, und seinem rechtsextremistischen Bündnispartner Sinan Oğan auf die Fahnen geschrieben. Dieses Bündnis setzte sich aus völkisch-rechtsextremistischen Parteien zusammen, darunter federführend die von Özdağ gegründete Zafer Partisi (Partei des Sieges/ZP), die sich insbesondere für ihre rassistische Stimmungsmache und rigorose Abschiebungspolitik gegenüber Geflüchteten einen Namen gemacht hatte. Das Ahnen-Bündnis erhielt zwar keine bedeutende Mehrheit, doch buhlten später im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, nachdem der Präsidentschaftskandidat Sinan Oğan ausgeschieden war, die Opposition und das Regierungslager um dessen Wähler*innen.

Im ersten Wahlgang des 14. Mai 2023 verpasste Präsident Erdoğan mit 49,52 Prozent das erste Mal seit seinem Amtsantritt knapp seine Wiederwahl. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu kam auf 44,88 Prozent der Wähler*innenstimmen. Bei den Parlamentswahlen erhielt die AKP 35,62 Prozent und gewann als Bündnis mit 49,5 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament, die CHP hingegen erhielt nur 25,35 Prozent der Stimmen und erreichte als Bündnis 35 Prozent. Das dritte Bündnis unter der pro-kurdischen HDP und der türkischen Linken konnte 10,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und das rechtsextremistische Wahlbündnis unter Oğan 2,4 Prozent.

Der zweite Wahlgang am 28. Mai 2023: Erdoğan startet von der Pole-Position

Im zweiten Wahlgang startete Präsident Erdoğan aus der Pole-Position. Er hatte nicht nur mit seinem 20-jährigen Amtsbonus die absolute Mehrheit im Parlament errungen, sondern auch als Präsidentschaftskandidat die meisten Stimmen auf sich vereinen können. Erdoğan stimmte die Bevölkerung in der zweiten Wahlkampfphase darauf ein, dass zwei gegeneinander arbeitende politische Institutionen – das Parlament und der Staatspräsident – die

wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes hemmen würden. Daher propagierte Erdoğan eine Führung aus einem Guss und betrachtete Unstimmigkeiten innerhalb eines Bündnisses (wie etwa bei der Opposition eingetreten durch den Aus- und Wiedereintritt der İYİ-Partei aus dem Bündnis) als Instabilitätsfaktor für das Land.⁵

Die Opposition hatte mit einem solchen Wahlergebnis nicht gerechnet, war durch dieses Ergebnis böse überrascht worden und sichtlich angeschlagen. Der Präsidentschaftskandidat Sinan Oğan musste zwar mit 5,17 Prozent der Stimmen (rund 2,8 Millionen Stimmen) aus dem Rennen des zweiten Wahlgangs um das Präsidentschaftamt ausscheiden, doch um die Stimmen seines Ahnen-Bündnisses wurde nun sowohl im Lager der Opposition als auch im Regierungslager umso energischer geworben. Der Rechtsextremist Sinan Oğan schlug sich letztlich auf die Seite Erdoğan's und sein ebenfalls rechtsextremer Bündnispartner Ümit Özdağ auf die Seite des Oppositionskandidaten Kılıçdaroğlu. Kılıçdaroğlu und Özdağ unterschrieben sogar ein gemeinsames Protokoll, das nicht nur die Ausweisung aller Flüchtlinge vorsah, sondern auch die Fortführung der staatlichen Zwangsverwaltung (wenn auch auf Grundlage der Rechtsprechung) in Kommunen, in denen gewählte Bürgermeister*innen der pro-kurdischen HDP unter fadenscheinigen Terrorvorwürfen des Amtes enthoben worden waren und seither im Gefängnis sitzen.

Somit musste Kılıçdaroğlu den Spagat schaffen, indem er einerseits um die Stimmen des rechtsextremistischen ausgeschiedenen Präsidentschaftskandidaten Sinan Oğan werben wollte, andererseits aber auch darauf achten musste, mit dem neuen rechtsextremistischen Partner Ümit Özdağ nicht die kurdischen Stimmen der HDP zu verprellen, die ihn geschlossen unterstützt hatten. Doch der Herausforderer Erdoğan's verschärfte seine im ersten Wahlgang noch in Watte gepackten Worte über die geforderte Ausweisung von Geflüchteten und setzte nun auf eine deutlich völkisch-xenophobe Rhetorik. Dennoch unterstützten die HDP und große Teile der türkischen Linken Kılıçdaroğlu in aller Öffentlichkeit weiter im zweiten Wahlgang.

Präsident Erdoğan nutzte indessen die zweite Wahlkampfphase verstärkt dafür, seinen Herausforderer weiter in die Nähe des Terrorismus zu bringen und ihm Komplizenschaft mit der PKK vorzuwerfen. So zeigte er auf seinen Wahlkampfveranstaltungen immer wieder ein gefaktes zusammengeschnittenes Video von Kılıçdaroğlu mit einem der PKK-Kommandeure, Murat Karayılan, das angeblich deren Zusammenarbeit bei den Wahlen belegen sollte. Erst später gab Erdoğan zu, dass es sich um ein Fake-Video handelte.⁶ Doch die Strategie verding, und so konnte Präsident Erdoğan auch den zweiten Wahlgang für sich entscheiden: 52,18 Prozent der Stimmen gingen an ihn und 47,82 Prozent der Wähler*innen stimmten für den Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu.

Triumph des türkischen Nationalismus und des politischen Islams

Die Wahl hatte insgesamt gezeigt, dass Fragen der Ideologie, Identität und Sicherheit in der Türkei wichtiger gewertet wurden als Themen der Demokratie, Sozialpolitik und Ökonomie. Eine Mehrheit der türkischen Wähler*innen schätzte die Gefahren für die innere Sicherheit des Landes höher ein als die aktuelle Demokratie- und Wirtschaftskrise. Das bestätigt

5 Yaşar Aydın, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023: Eine Wahlanalyse, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 25.05.2023, www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/521386/parlaments-und-praesidentschaftswahlen-2023-eine-wahlanalyse/ (abgerufen 13.06.2023).

6 Falsche Videos und die Macht der Medien, in: Tagesschau, 28.05.2023, www.tagesschau.de/faktenfinder/tuerkei-wahl-desinformation-100.html (abgerufen 13.06.2023).

wieder einmal die bekannte Annahme: „Krisenzeiten sind Kanzlerzeiten.“ Denn besonders in einem Klima der Angst und Unsicherheit – und das gilt übrigens auch für die Erdbeben-Gebiete – konnte Erdoğan traditionell punkten. Auch mit seiner Schmutzkampagne gegen die Opposition, mit der er sie in die Nähe des Terrorismus brachte, war er überaus erfolgreich.

Die nationalistische Hysterie, die deutliche Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten und die offene Kampfansage an die PKK, die Kemal Kılıçdaroğlu im zweiten Wahlgang verbreitete, zahlten sich hingegen für ihn im Ergebnis nicht aus. Die umworbenen Rechten haben ihm anscheinend diesen plötzlichen Schwenk der Rhetorik – von Menschenliebe und Verständigung hin zu Hass und Hetze – nicht wirklich abgenommen und wählten stattdessen lieber das Original statt der Kopie. Mit seiner alevitisch-kurdischen Herkunft war Kılıçdaroğlu darüber hinaus für die vielen nationalistischen Wähler*innen nicht wählbar und somit der falsche Kandidat, da selbst viele Anhänger*innen der rechtspopulistischen Oppositionspartei İYİ, die im Bündnis mit Kılıçdaroğlus CHP ist, ihn bereits im ersten Wahlgang nicht so stark unterstützt hatten, sondern Sinan Oğan ihre Stimme gegeben hatten.

Im Nachhinein zeigt sich aber auch, dass es ein strategischer Fehler von Kılıçdaroğlu war, sich dermaßen dem Rechtsextremisten Ümit Özdağ anzubiedern. Obwohl die Wählerschaft der HDP mehrheitlich Kılıçdaroğlu als Präsidentschaftskandidaten unterstützte, ging die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der HDP leicht zurück. Wenngleich dieses am Endergebnis nicht viel geändert hätte, denn insgesamt fiel die Wahlbeteiligung von knapp 87 Prozent im ersten auf rund 84 Prozent im zweiten Wahlgang und dies zahlte sich am Ende für Erdoğan aus. Zudem gewannen im Gegensatz zur pro-kurdischen HDP rechtsextremistische Parteien und Kandidaten bei diesen Wahlen eine viel stärkere Bedeutung, Sichtbarkeit und Verhandlungsfähigkeit, so dass nicht wie erwartet die HDP der Königsmacher dieser Wahlen war, sondern ultranationalistische Akteure die politische Agenda des Wahlkampfes mitbestimmten und über die politische Zukunft der Türkei mitverhandelten. Die Kurd*innen unter der HDP galten somit als Verlierer dieser Wahl – sie wurden im Wahlkampf verfolgt, bekämpft und gedemütigt. Als strategisch zu kurz gedacht zeigte sich im Nachgang außerdem, dass die HDP keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hatte und sie sich in beiden Wahlgängen öffentlich für Kılıçdaroğlu ausgesprochen hatte. Das schmälerte ihre Verhandlungsfähigkeit und war eine Steilvorlage für Erdoğan, der dieses für seine Diffamierungskampagne gegen Kılıçdaroğlu nutzte und ihm Kooperation und Unterstützung mit der HDP und PKK vorwarf.

Noch stärkerer Rechtsruck in der Türkei und Zementierung der türkischen Autokratie

Der klare Sieger dieser Wahlen waren der türkische Nationalismus und politische Islam.⁷ Die 100-jährige Geschichte der Türkei mit ihren Grundpfeilern des Nationalismus und Autoritarismus, in Kombination mit Erdoğans neo-osmanischen Fantasien in seiner 20-jährigen Regierungsära haben in der Gesellschaft und Politik tiefe Spuren hinterlassen. So kam es nach den Parlaments- wie Präsidentschaftswahlen zu einem noch stärkeren Rechtsruck in der Türkei als es bisher schon der Fall war. Im Parlament sitzen nun gut 400 Abgeordnete (darunter auch viele Oppositionspolitiker*innen), die politisch im rechten Lager zu verorten sind – von islamisch-konservativen über (radikal)-islamistische bis hin zu rechtsextremistischen Politikern ist alles dabei.

7 „Wahlgewinner ist der Nationalismus“, in: Tagesschau, 24.05.2023, www.tagesschau.de/ausland/europa/tuerkei-wahlen-parlament-100.html (abgerufen 13.06.2023).

Präsident Erdoğan bleibt – sofern es ihm sein Gesundheitszustand ermöglicht – weitere fünf Jahre Präsident und wird die islamisch-nationalistische Autokratie weiter ausbauen und stärken. Die Türkei ist ein politisch und gesellschaftlich zerrissenes Land und es kann mit einer weiteren Polarisierung und Spaltung des Landes durch Erdoğan gerechnet werden. Insbesondere Minderheiten wie die Kurd*innen, die Alevit*innen und die LGBT+-Bewegung, aber auch kritische Intellektuelle, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen werden künftig einem noch größeren gesellschaftlichen Druck und politischen Repressionen ausgesetzt sein. Die Freilassung von politischen Gefangenen wie Selahattin Demirtaş oder dem Mäzen Osman Kavala steht damit genauso in den Sternen wie auch die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme wie die Kurdenfrage oder die Gleichstellung von Mann und Frau in weite Ferne gerückt sind. Denn eine Lösung des Kurdenkonflikts oder der Wiedereintritt in die Istanbul-Konvention unter Erdoğan im Rahmen dieser Parlamentszusammensetzung ist kaum vorstellbar. Erdoğan wird weiterhin versuchen, die PKK mit militärischen Mitteln zu besiegen und für eine weitere Kriminalisierung der HDP zu sorgen.

Konsequenzen aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zog der seit 2016 inhaftierte Ex-Co-Sprecher der pro-kurdischen HDP, Selahattin Demirtaş. Kurz nach der Wahl erklärte er öffentlich seinen Rückzug aus der aktiven Politik. Demirtaş twitterte: „Ich entschuldige mich in eigenem Namen aufrichtig dafür, dass wir nicht in der Lage waren, eine unserem Volk würdige Politik zu schaffen.“ In beiden Wahlgängen hatte Demirtaş – wie auch seine Partei – dazu aufgerufen, den Oppositionsführer Kılıçdaroğlu zu unterstützen. In seiner Ansprache am Wahlabend betonte Erdoğan, dass Demirtaş nicht aus dem Gefängnis freikomme, solange er an der Macht sei. Durch diese Aussage provoziert skandierten seine Anhänger*innen in Sprechchören „Todesstrafe für Demirtaş“. Erdoğan ließ diesen Ruf nach der Todesstrafe gewähren und unterbrach seine Anhänger*innen auch nicht.⁸ Hinzu kamen und kommen Repressalien gegen breite gesellschaftliche Teile wie etwa kritische Journalist*innen, Rechtsanwälte, aber auch gegen unliebsame Bürger*innen. So wurde bereits unmittelbar nach den Wahlen ein 16-jähriger Junge ins Gefängnis gesteckt, weil er angeblich einen Hitler-Schnurrbart auf das Konterfei von Erdoğan auf einem Wahlkampfplakat gezeichnet haben soll.

Selbst wenn fast die Hälfte der Wähler*innen gegen Erdoğan votierte, werden vermutlich vor allem junge, gut ausgebildete und hochqualifizierte Menschen abwandern und damit den Brain Drain im Land weiter fortsetzen, weil sie für sich keine Zukunft mehr im Land sehen. So sagten nach der jüngsten „Türkischen Jugendstudie 2023“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) 63 Prozent der Befragten, sie würden gerne auswandern, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.⁹ Umso besorgniserregender ist, dass wiederum fast 68 Prozent der wahlbeteiligten türkischen Staatsbürger*innen in Deutschland, darunter auch junge Deutsch-Türken, einen autokratischen Präsidenten wählten, der mit seiner freiheits-einschränkenden Politik vielen Jugendlichen in der Türkei die Zukunft verbaut.

8 „Türkischer Oppositionspolitiker zieht sich aus aktiver Politik zurück“, in: Zeit.de, 31.05.2023, www.zeit.de/politik/ausland/2023-05/tuerkei-selahattin-demirtas-rueckzug-aus-politik?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (abgerufen 13.06.2023).

9 Walter Glos / Bruno Hamm-Pütt, Türkische Jugendstudie 2023, Konrad-Adenauer-Stiftung, 01.06.2023, www.kas.de/de/web/tuerkei/publikationen/einzeltitel/-/content/tuerkische-jugendstudie-2023 (abgerufen 13.06.2023).

Ausblick: eine freiheitlich-demokratische Politik bleibt der einzige Ausweg für die Opposition

Auch wenn das neu zusammengesetzte Kabinett unter Erdoğan nicht mehr Hardliner wie den Innenminister Süleyman Soylu oder den Scharfmacher Mevlüt Çavuşoğlu als Außenminister vorweist, sollen die neuen Minister wie etwa Wirtschaftsminister Mehmet Şimşek und Innenminister Ali Yerlikaya vermutlich für ein besseres Vertrauensverhältnis mit dem Westen sorgen. Denn Erdoğan ist angesichts der miserablen ökonomischen Situation im Lande dringend auf ausländisches Kapital angewiesen. Bis zur Kommunalwahl 2024, in der Erdoğan beabsichtigt, die an die Opposition verlorenen Großstädte wie Istanbul, Ankara und Antalya wieder zurückzugewinnen, wird er vermutlich versuchen, Europa zu besänftigen und auch verbal abzurüsten. Doch durch sein radikal-islamistisches-rechtsextremistisches Bündnis wird eine langfristige Normalisierung der Beziehungen zu Europa und dem Westen kaum möglich sein. Extremer Nationalismus und Islamismus in der Innenpolitik auf der einen Seite und eine friedliche Außenpolitik auf der anderen Seite sind nicht zu erwarten und würden sich per se schon widersprechen. Die Türkei hat sich letztlich 100 Jahre politisch im Kreis gedreht und müsste, wenn sie den weltpolitischen Anschluss an die Demokratien nicht verlieren will, schon im eigenen Interesse aus diesem Teufelskreis des Autoritarismus, Nationalismus und Islamismus herausfinden.

Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wird nicht unbedingt einfacher, weil selbst weite Teile der Opposition diese Ideologien vertreten. Derzeit ist die Opposition durch den Wahlverlust völlig paralysiert, handlungsunfähig, desolat und geschwächt. Die Schwäche der Opposition ist gleichzeitig auch die Stärke Erdoğan's. Auch in der zivilgesellschaftlichen Opposition herrscht momentan absolute Frustration und Resignation gegenüber den Oppositionsparteien und dem Ex-Präsidentschaftskandidaten Kemal Kılıçdaroğlu. Die innerparteilichen und zivilgesellschaftlichen Rufe nach einem Rücktritt von Kılıçdaroğlu werden immer lauter, blieben aber bis dato ungehört. Daher ist es vorerst fraglich, ob sich die Opposition bis zu den Kommunalwahlen 2024 neu aufstellen und formieren kann oder nicht doch sowohl bei den Kommunalwahlen nächstes Jahr als auch bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2028 wieder erneut eine herbe Niederlage erleiden wird. Das wäre eine politische Tragödie für die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zur Welt, denn Erdoğan's Wiederwahl mit seinem Bündnis versprechen in diesen Bereichen für die Zukunft nichts Gutes.

Jenseits von nationalistischen Diskursen stellt sich daher, ausgehend von den vorliegenden Wahlergebnissen, die zentrale Frage, ob es noch eine hoffnungsvolle dritte Alternative, nämlich eine demokratische, gibt, die sich selbst in schwierigen Zeiten des Wahlkampfes weder dem Nationalismus noch dem Islamismus zuwendet. Zweifelsohne wird Erdoğan in seiner dritten Amtszeit nicht nur nach neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten und internationalen Bündnispartnern suchen (müssen), sondern sich auch auf eine neo-osmanische und nationalistische Umstrukturierung des Landes konzentrieren. Daher stehen die demokratischen Kräfte des Landes vor der Herausforderung, neue Alternativen und Wege zu entwickeln, um breite gesellschaftliche Gruppen zu vereinen und zu inkludieren. Allem voran gilt es, den von Erdoğan im Rahmen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bestimmten hegemonial-repressiv-nationalistischen Diskurs, dem auch viele Oppositionsparteien bewusst oder unbewusst unterliegen, zu brechen.

Daher war es ein schwerer strategischer Fehler, dass Kılıçdaroğlu von seiner positiv konnotierten Wahlkampfkampagne abrückte und im zweiten Wahlgang mit seiner stark xenophoben Rhetorik gegenüber Flüchtlingen und der Diffamierung der AKP bezüglich des initiierten türkisch-kurdischen Friedensprozesses die nationalistische Stimmung durch die

Kooperation mit Ümit Özdağ im Land noch weiter anheizte. Mit diesem Schritt hat Kılıçdaroğlu zweifelsohne die zu Beginn vertretenen demokratischen sowie humanistischen Werte kompromittiert und damit seine Glaubwürdigkeit größtenteils untergraben. Selbst unter der Gefahr, die Wahlen zu verlieren, hätte Kılıçdaroğlu Erdoğan nicht rechts zu überholen versuchen, sondern weiterhin alle gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten einbeziehen sollen, um sie später – selbst bei einem Wahlverlust – in eine freiheitlich-demokratische Politik zu integrieren. Diese Chance ist jetzt vertan und so wird es sich die pro-kurdische HDP zweimal überlegen, ob sie dieser Opposition unter der CHP vertrauen kann und so einfach folgen wird. Diese historische Wahlniederlage der CHP im 100. Gründungsjahr der Republik zeigt aber auch, dass die alternativen Perspektiven von ihrer Fähigkeit abhängen werden, ihre Basis im Zuge der anstehenden Kommunalwahlen gerade in den anatolischen Hochburgen der AKP auszubauen und jenseits der Metropolen auch die Herzen der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen.